

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Stadtrat führte seine 32. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 04.08.2010, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Ratssaal, von 18:00 Uhr bis 20:49 Uhr, durch.

Teilnehmerliste stimmberechtigt:

Vorsitz

Armin Schenk

Mitglied

Dr. Holger Welsch
Dr. Horst Sendner
Petra Wust
Dr. Wolfgang Baronius
Jutta Engler
Klaus-Ari Gatter
Dr. Dr. Egbert Gueinzus
Günter Herder
Kathrin Hermann
Dr. Siegfried Horn
Klaus-Dieter Kohlmann
André Krillwitz
Dieter Krillwitz
Uwe Kröber
Brigitte Leuschner
Gisela Lorenz
Dietmar Mengel
Detlef Pasbrig
Wolfgang Paul
Prof. Dr. Hans Poerschke
Matthias Pratsch
Hans-Jürgen Präßler
Dieter Riedel
Klaus-Peter Sperling
Jens Tetzlaff
Christel Vogel
Reinhard Waag
Wolfgang Wießner
Peter Ziehm
Lars-Jörn Zimmer
Kerstin Zsikin

Ortsbürgermeister/in

Dr. Joachim Gülland
Joachim Schunke

Ortschaft Bitterfeld
Ortschaft Greppin

abwesend:

Mitglied

Dr. Barbara Anders-Klumpp
Constance Gehre-Herzog

Johanna Gotzmann
Ina Korntreff
Bernd Kosmehl
Guido Kosmehl
Jürgen Lingner
Mike Müller
Dagmar Zoschke

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Mittwoch, den 04.08.2010, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates vom 16.06.2010	
4	Bericht der Oberbürgermeisterin zur Ausführung gefasster Beschlüsse	
5	Einwohnerfragestunde	
6	Abberufung des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses	Beschlussantrag 157-2010
7	Berufung des Vorsitzenden für den Umlegungsausschuss	Beschlussantrag 158-2010
8	Bebauungsplan „Photovoltaik Hinter dem Bahnhof“ im OT Bitterfeld, hier: Billigung und Auslegung 1. Entwurf	Beschlussantrag 095-2010
9	Benutzerordnung für den Bungalow, OT Greppin/Wachtendorf, Dimitroffstraße	Beschlussantrag 110-2010
10	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe zur Ersatzbeschaffung einer neuen Personalabrechnungssoftware	Beschlussantrag 119-2010
11	Teilaufhebung Haushaltssperre USK 09610.40068 Vermessungskosten	Beschlussantrag 139-2010
12	Teilweise Aufhebung einer Haushaltssperre - USK 09610.40068 Vermessungsleistungen	Beschlussantrag 141-2010
13	Teilweise Aufhebung einer Haushaltssperre - USK 09610.40068 Vermessungsleistungen OT Bitterfeld, Rathausdurchgang	Beschlussantrag 149-2010
14	Teilaufhebung Haushaltssperre USK 09610.40068 Vermessungskosten	Beschlussantrag 152-2010
15	Bestätigung des Jahresberichts 2009 der Ernst-Thronicke-Stiftung	Beschlussantrag 163-2010
16	Bebauungsplan Nr. 1/2009 „Am Brehnaer Überbau/Ostseite“ hier: Korrektur des planungsrechtlichen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes	Beschlussantrag 164-2010
17	Bebauungsplan 06-2010ho „Photovoltaik Freiheit IV“ im OT Holzweißig - hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	Beschlussantrag 168-2010
18	Verbesserung der Akustik im Ratssaal	Beschlussantrag 177-2010
19	Abschluss einer Quartiersvereinbarung	Beschlussantrag 180-2010
20	4. Änderungssatzung zur Verbandsatzung vom 16.09.2005 des Zweckverbandes TechnologiePark Mitteldeutschland	Beschlussantrag 182-2010
21	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	

22	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
------	---	--

	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Schenk, begrüßt die Stadträte, die Oberbürgermeisterin, die Ortsbürgermeister, Mitarbeiter der Verwaltung, Vertreter der Presse und Gäste und eröffnet die 32. Stadtratssitzung. Er fragt, ob es Einwände gegen die ordnungsgemäße Einladung gibt.</p> <p>Das ist nicht der Fall.</p> <p>Folgend stellt er die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest und teilt mit, dass um 18:00 Uhr 30 Stadträte und die Oberbürgermeisterin anwesend sind; somit ist Beschlussfähigkeit gegeben.</p> <p>Im Anschluss daran teilt der Vorsitzende des Stadtrates mit, dass das neue Mitglied der CDU-Fraktion, Herr Klaus-Peter Sperling, noch auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten zu verpflichten ist. Er war zur letzten Stadtratssitzung nicht zugegen.</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates bittet dazu Herrn Sperling, sich von seinem Platz zu erheben und verliest die Verpflichtungserklärung. Er zitiert hierzu aus den §§ 30, 31 und 52 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt. Er bittet ihn, diese Passagen in der GO LSA nachzulesen.</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates wünscht Herrn Sperling alles Gute, viel Erfolg, Verantwortungsbewußtsein, Leidenschaft und Augenmaß bei seiner künftigen Arbeit als Stadtrat.</p>	
zu 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
	<p>Die Oberbürgermeisterin zieht die Beschlussanträge 162-2010 „Mietvertrag für das Mehrgenerationenhaus (einschl. Außenanlagen), OT Wolfen, Straße der Jugend 16“ und 165-2010 „Vergabeangelegenheit“ von der Tagesordnung zurück.</p> <p><i>Stadträtin Vogel nimmt ab 18:05 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind 32 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Vom Stadtrat Herder wird der Beschlussantrag 184-2010 „Feuerwehr-Entschädigung“, den die Fraktion Die Linke. eingereicht hat, ebenfalls zurückgezogen. Es war in der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss für ihn erkennbar, dass seitens der Verwaltung an einer umfassenderen Vorlage gearbeitet wird, wie die Aufwandsentschädigungssatzung demnächst geändert werden soll.</p> <p>Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung bestätigt.</p>	<p>einstimmig beschlossen</p> <p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates vom 16.06.2010	
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates teilt mit, dass ihm keine schriftlichen und mündlichen Hinweise zur Niederschrift vom 16.06.10 vorliegen. Die Niederschrift wird bestätigt.</p>	<p>einstimmig beschlossen</p> <p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 4	Bericht der Oberbürgermeisterin zur Ausführung gefasster Beschlüsse	

	<p>Die Oberbürgermeisterin berichtet über die Ausführung gefasster Beschlüsse (s. dazu Anlage 1 zur Niederschrift).</p> <p>Im Anschluss an ihre Ausführungen teilt Sie bzgl. des von der Fraktion Die Linke. zurückgezogenen BAs 184-2010 „Feuerwehr-Entschädigung“ noch Folgendes mit: Die Verwaltung hat eine neue Ergänzungssatzung zur Entschädigungssatzung erarbeitet. Beide Satzungen - sowohl die der Fraktion Die Linke. als auch die Satzung der Verwaltung – wurden an den Landkreis zur Prüfung geschickt. Die Satzung der Fraktion Die Linke. enthält lt. schriftlicher Information der KAB einige rechtswidrige Teile; die von der Verwaltung erarbeitete Satzung wurde als in Ordnung befunden. Diese wird nun zur Vorberatung an die Ortschaftsräte und an die entsprechenden Ausschüsse gegeben, bevor sie im Stadtrat behandelt wird.</p> <p>Des Weiteren informiert die OB über einige Events, die in der Zwischenzeit im Stadtgebiet stattgefunden haben, wie u.a. das Hafenfest, die MDR-Sommertour, das Bergmannsfest, Siedler- und Gartenfeste, viele Firmenjubiläen etc. Hervorzuheben sind vor allem auch die zahlreichen Veranstaltungen im Rahmen des Bestehens „100 Jahre Filmfabrik“. Am 22.07. fand ein weiterer Tag der offenen Tür in der Verwaltung statt, der wiederum gut besucht war. Im Rahmen des Tages des offenen Denkmals am 12.09.10 wird der nächste Tag der offenen Tür stattfinden.</p> <p>Die Oberbürgermeisterin informiert sodann über das 2. Begleitgesetz zur Gemeindegebietsreform. Sie benennt drei wesentliche Punkte:</p> <p>Die Ortsbürgermeister haben künftig die Möglichkeit eines Zweitbeschlussverlangens, wenn man mit Beschlüssen des Stadtrates nicht einverstanden ist. In dem Fall muss sich der Stadtrat frühestens nach 14 Tagen, spätestens jedoch innerhalb von 3 Monaten, mit den jeweiligen Beschlüssen noch einmal befassen. Danach sind diese allerdings bindend. Ausgeschlossen davon sind Haushaltssatzungen, Wirtschaftspläne und Gemeindeabgaben. Weiterhin ist im 2. Begleitgesetz festgelegt, dass die Ortschaften, für die es keine Wahl in die neue Struktur gab, Ortschaftsräte in den Stadtrat entsenden können. Dies trifft für die Ortschaft Bobbau zu. Der Ortschaftsrat Bobbau wird am 05.08.10 den Vertreter wählen, der zur nächsten Stadtratssitzung als zusätzliches Mitglied anwesend sein wird. Als dritter Punkt ist im Gesetz die Einwohnerfragestunde in den Ortschaftsräten verankert. Diese wird dann künftig auf die Tagesordnungen der jeweiligen Ortschaftsratssitzungen gesetzt.</p>	
zu 5	Einwohnerfragestunde	
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Schenk, zitiert hierzu aus dem § 13 der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen.</p> <p>Herr Hempel, Feuerwehr Bitterfeld äußert Bedauern, dass der BA 184-2010 „Feuerwehr-Entschädigung“ von der Tagesordnung zurückgezogen wurde. Er verweist auf die Sitzung des Ausschusses R/O/V/B am 20.07.10, wo erwähnt wurde, dass die ganze Sache rechtswidrig ist. Die alte Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Bitterfeld, in der die Entschädigung der Feuerwehr Bitterfeld geregelt war, ist lt. Herrn Hempel</p>	

damals auch durch die Kommunalaufsicht geprüft und genehmigt worden. Von daher würde es die Kameraden interessieren, welche rechtlichen Fehler in der Satzung enthalten sein sollen, die der Landkreis jetzt festgestellt hat. Sie bitten nach Möglichkeit um eine entsprechende Zuarbeit.

Die Oberbürgermeisterin bemerkt dazu, dass die Satzung der ehemaligen Stadt Bitterfeld nicht mehr existiert. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 11.07.2007 eine neue Entschädigungssatzung für die Stadt Bitterfeld-Wolfen beschlossen.

Zur Satzung der Fraktion Die Linke. und die von der Verwaltung neu erarbeiteten Satzung unterstreicht die OB nochmals das von ihr unter dem TOP 4 Gesagte.

Die von der Verwaltung erarbeitete und von der KAB geprüfte Satzung würde dann - nach Vorberatung in den jeweiligen Gremien und vorbehaltlich der Beschlussfassung im Stadtrat - für alle Feuerwehren der Stadt Bitterfeld-Wolfen gelten. Es könne keine Satzung für einen Ortsteil separat erstellt werden.

Herr Hempel äußert die Meinung, dass die Satzung bzgl. der Feuerwehr Bitterfeld unter die Gebietsänderungsvereinbarung falle und somit 5 Jahre gültig wäre. Vielleicht sollte dies nochmals geprüft werden.

Ansonsten bittet er, dass die jetzt von der Verwaltung erarbeitete neue Satzung den Kameraden der Feuerwehr im Vorfeld ebenfalls zur Verfügung gestellt wird, bevor sie im Stadtrat beschlossen wird.

Die OB Frau Wust sagt zu, dass die Kameraden die Satzung im Vorfeld ebenso erhalten, wenn diese auch den zuständigen Gremien des Stadtrates zur Verfügung gestellt wird. Sie unterstreicht nochmals, dass die Bestätigung des Landkreises zum Satzungsentwurf der Verwaltung erst gestern bei ihr eingegangen ist.

Herr Peter Engelhardt vom Verein für Thalheimer Hundefreunde verweist auf die mehrfach bei der OB angesprochene Problematik bzgl. der Einzäunung des Geländes Hundesportplatz Thalheim, wo bis heute keine Lösung gefunden wurde. Er weist auf eine ihm bekannte Gesetzesänderung hin, die beinhaltet, dass Hundesportplätze einzuzäunen sind, da dort zur Ausbildung Schreckschusswaffen eingesetzt werden. Er bittet um Stellungnahme.

Die OB Frau Wust bestätigt, dass **Herr Engelhardt** mehrfach in der Angelegenheit vorgesprochen hatte. Der Ortsbürgermeister, Herr Kressin, hatte sie diesbezüglich auch konsultiert. Herr Engelhardt habe immer ein- und dieselbe Antwort erhalten. Für den Verein wurde lt. OB ein komplett neues Haus mit einer Summe von 265 TEUR gebaut. Sie ist der Meinung, dass man für einen kleinen Verein damit schon sehr viel getan habe. Das Geld für eine Einzäunung ist nicht verfügbar, wie sie Herrn Engelhardt schon mehrfach mitgeteilt hatte. Frau Wust bringt auch zum Ausdruck, dass der Verein für derartige Dinge, wie die Einzäunung, selbst verantwortlich ist.

Herr Engelhardt fragt, inwieweit sich die Stadt finanziell beteiligen könnte, wenn der Verein das entsprechende Material besorgen würde. **Die OB** meint dazu, dass sie die Frage nicht aus dem Stegreif beantworten kann; dies müsste man am konkreten Beispiel sehen. Hier müsste man sich nochmals gemeinsam an den Tisch setzen.

Herr Toni Donath, Ortsfeuerwehr Bitterfeld, fragt nochmals, welche Teile in der von der Fraktion Die Linke. eingereichten Feuerwehr-Entschädigung lt.

	<p>Aussage der Kommunalaufsicht rechtswidrig sein sollen, da die damalige Satzung der Stadt Bitterfeld, die den Passus bzgl. der Feuerwehr enthielt, rechtsgültig war.</p> <p>Die OB Frau Wust unterstreicht nochmals, dass es rechtswidrig sei, lt. BA der Fraktion Die Linke., dass für eine Ortschaft eine separate Satzung gilt. Rechtswidrig sei auch, dass ein Stundensatz gezahlt wird. Es kann immer nur eine Entschädigung geben. In der damaligen Bitterfelder Satzung und auch im Entwurf der Fraktion Die Linke. war ein Stundensatz enthalten; dies sei lt. Kommunalaufsicht nicht rechtskonform. Die OB verweist dazu auf einen entsprechenden Runderlass des Innenministeriums.</p>	
zu 6	Abberufung des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses	Beschlussantrag 157-2010
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates weist auf folgende Änderung hin: Im Antragsinhalt muss das Datum in der zweiten Zeile korrekterweise lauten: „...zum 31.07.2010...“ <i>(anstatt: 30.06.2010)</i></p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates stellt den geänderten Antragsinhalt zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die Abberufung des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses Herrn Egbert Aselmeier zum 31.7.2010. Die Abberufung erfolgt auf Antrag des Herrn Aselmeier. Die Oberbürgermeisterin erhält die Vollmacht, die für die Abberufung erforderlichen Erklärungen abzugeben.</p> <p>Die Oberbürgermeisterin, Frau Wust, nutzt an dieser Stelle die Gelegenheit, sich herzlich bei Herrn Aselmeier für seine langjährige Tätigkeit im Umlegungsausschuss zu bedanken. Für seinen bevorstehenden Ruhestand wünscht sie ihm ebenfalls alles Gute und überreicht ihm als Dankeschön einen Blumenstrauß. Der Stadtratsvorsitzende schließt sich den Wünschen an.</p> <p>Herr Aselmeier verabschiedet sich ebenfalls mit einigen Worten und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern und den städtischen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit im Rahmen des Umlegungsausschusses.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 7	Berufung des Vorsitzenden für den Umlegungsausschuss	Beschlussantrag 158-2010
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates weist auch hier auf folgende Änderung hin: Im Antragsinhalt muss das Datum in der zweiten Zeile korrekterweise lauten: „...zum 01.08.2010...“ <i>(anstatt: 01.07.2010)</i></p> <p>Stadtrat Pasbrig verlässt um 18.40 Uhr den Raum; somit sind 31 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</p> <p>Der Vorsitzende verliest den geänderten Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p>	

	<p>Beschluss:</p> <p>Die Oberbürgermeisterin richtet einige Worte an Herrn Hausen als neuen Vorsitzenden des Umlegungsausschusses. Sie wünscht ihm bei seiner künftigen Tätigkeit viel Erfolg. Der Vorsitzende des Stadtrates schließt sich den Wünschen an.</p> <p>Herrn Hausen wird ebenfalls ein Blumenstrauß überreicht.</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen bestellt auf der Grundlage der §§ 45 ff Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) in Verbindung mit der Verordnung über die Bodenordnung nach dem Baugesetzbuch (VO Bod LSA) als Vorsitzenden Herrn Vermessungsoberrat Jochen Hausen, wohnhaft in Leipzig zum 1.8.2010.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 8</p>	<p>Bebauungsplan „Photovoltaik Hinter dem Bahnhof“ im OT Bitterfeld, hier: Billigung und Auslegung 1. Entwurf</p>	<p>Beschlussantrag 095-2010</p>
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates teilt mit, dass sich folgende Änderungen in den Unterlagen ergeben haben, die bereits am 02.08.10 im Session digital eingepflegt und den Stadträten ohne Laptop mit Schreiben vom 30.07.10 schriftlich mitgeteilt wurden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) In der Begründung (zum B-Plan Teil C) Seite 4, letzter Absatz wird 3,5 m geändert in: <u>3,0 m</u>. 2) In der Begründung (zum B-Plan Teil C), Seite 5, vorletzter Absatz wird <i>Oranienbaum</i> in Bitterfeld-Wolfen geändert. <p>Zum Antragsinhalt als solchen gibt es keine Änderung.</p> <p><i>Stadtrat Pasbrig nimmt ab 18:47 Uhr wieder an der Sitzung teil; somit sind 32 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss: Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zur Gewährleistung der Parallelität mit dem Flächennutzungsplan wird der Geltungsbereich gegenüber dem Vorentwurf vom März 2010 verkleinert. 2. Die Billigung des Planentwurfes mit Begründung und Umweltbericht zum Bebauungsplan “Photovoltaik Hinter dem Bahnhof” gem. Anlage. 3. Die öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3(2) und 4(2) BauGB in Verbindung mit § 4a BauGB. 4. Die Nummerierung des Bebauungsplans in Nr.: 02-2010btf. 	<p>Ja 32 Nein 0</p>

	einstimmig beschlossen	Enthaltung 0
zu 9	Benutzerordnung für den Bungalow, OT Greppin/Wachtendorf, Dimitroffstraße	Beschlussantrag 110-2010
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates informiert, dass im Ergebnis der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 29.07.10 über folgende Änderungen im Beschlussantrag befunden wurde:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Im § 1 Pkt. 2 hinter der Formulierung „...und die beauftragten Verantwortlichen der Stadt...“ wurde der GB IV, FB Immobilien ergänzt. - Im § 1 Pkt. 4 muss es lauten:“Verantwortlichen der Stadt Bitterfeld-Wolfen...“. - Im § 3 wurde die Reihenfolge der Aufzählung wie folgt geändert: „1. pro Tag (Montag bis Donnerstag)...“ 2. am Wochenende (von Freitag bis Sonntag): ...“ 3. Betrag für nicht fristgerechte Schlüsselübergabe pro Tag ...“ <p>Die Anlage zum Beschlussantrag wurde entsprechend geändert und am 30.07.10 in das Mandatos eingestellt. Die Stadtratsmitglieder ohne Laptop haben die korrigierte Anlage als Tischvorlage erhalten.</p> <p><i>Stadträtin Zsikin verlässt um 18:49 Uhr den Raum; somit sind 31 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt, die Benutzerordnung für den Bungalow in der Dimitroffstraße, OT Greppin/Wachtendorf.</p>	
	einstimmig beschlossen	Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0
zu 10	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe zur Ersatzbeschaffung einer neuen Personalabrechnungssoftware	Beschlussantrag 119-2010
	<p><i>Stadträtin Zsikin nimmt ab 18:51 Uhr wieder an der Sitzung teil; somit sind 32 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Da keine Wortmeldungen vorliegen, verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 97 der GO LSA in Höhe von 39.100 € zur Ersatzbeschaffung einer neuen Personalabrechnungssoftware.</p>	
	mehrheitlich beschlossen	Ja 26 Nein 0 Enthaltung 6

zu 11	Teilaufhebung Haushaltssperre USK 09610.40068 Vermessungskosten	Beschlussantrag 139-2010
	<p>Da keine Wortmeldungen vorliegen, verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat beschließt, die Teilaufhebung der Haushaltssperre USK 09610.40068 Vermessungskosten bis zu einer Höhe von 9.100,00 EUR zur Realisierung und Ausgleich der Aufwendungen für Vermessungsleistungen im Zusammenhang mit Straßen- und Grundstücksvermessungen im OT Holzweißig.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 12	Teilweise Aufhebung einer Haushaltssperre - USK 09610.40068 Vermessungsleistungen	Beschlussantrag 141-2010
	<p>Da keine Wortmeldungen vorliegen, verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat beschließt, die Teilaufhebung der Haushaltssperre USK 09610.40068, Vermessungskosten, bis zu einer Höhe von 220,00 € zur Gebäudeeinmessung des Glasanbaues an der Bibliothek im Kulturhaus des Ortsteiles Wolfen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 13	Teilweise Aufhebung einer Haushaltssperre - USK 09610.40068 Vermessungsleistungen OT Bitterfeld, Rathausdurchgang	Beschlussantrag 149-2010
	<p>Da keine Wortmeldungen vorliegen, verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt, die Teilaufhebung der Haushaltssperre auf dem USK 09610.40068, Vermessungsleistungen, bis zu einer Höhe von 300,00 € zur Gebäudeeinmessung des Anschlusses zwischen Historischen Rathaus und Rathausneubau im OT Bitterfeld.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 14	Teilaufhebung Haushaltssperre USK 09610.40068 Vermessungskosten	Beschlussantrag 152-2010
	<p>Da keine Wortmeldungen vorliegen, verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat beschließt die Teilaufhebung der Haushaltssperre USK 09610.40068 Vermessungskosten bis zu einer Höhe von 1.593,98 EUR zur Realisierung und Ausgleich der Aufwendungen für Vermessungsleistungen im Zusammenhang mit Straßenvermessungen im OT Bobbau.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>

zu 15	Bestätigung des Jahresberichts 2009 der Ernst-Thronicke-Stiftung	Beschlussantrag 163-2010
	<p>Da keine Wortmeldungen vorliegen, verliest der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss: Der Stadtrat bestätigt den Jahresbericht 2009 vom 25.05.2010 der Ernst-Thronicke-Stiftung (Anlage 1) und nimmt den Maßnahmeplan vom 21.07.2010 für den Zeitraum September 2010 bis August 2011 (Anlage 2) zur Kenntnis.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 16	Bebauungsplan Nr. 1/2009 „Am Brehnaer Überbau/Ostseite“ hier: Korrektur des planungsrechtlichen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes	Beschlussantrag 164-2010
	<p>Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt in der vorliegenden Form zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss: Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das planungsrechtliche Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1/2009 “Am Brehnaer Überbau/ Ostseite” wird geändert. 2. Für den im Lageplan vom Juli 2010 dargestellten Bereich wird nunmehr gemäß § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) ein Bebauungsplan aufgestellt. 3. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird dabei dahingehend geändert, dass die planfestgestellte Bundesstraße B 100 aus dem Bebauungsplan herausgenommen wird. 4. Der Aufstellungsbeschluss wird gemäß § 2 (1) Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. 5. Die Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 1/2009 bleibt davon unberührt. <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 17	Bebauungsplan 06-2010ho „Photovoltaik Freiheit IV“ im OT Holzweißig - hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	Beschlussantrag 168-2010
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates teilt hierzu Folgendes mit: In der gestrigen Ortschaftsratssitzung Holzweißig wurde zum Beschlussantrag angemerkt, dass der Flächenentwurf nicht mit dem Flächennutzungsplan übereinstimmt, d.h. im FNP sind im Bereich der B 100 Grünflächen angedacht. Gleiches würde auf Randbereiche im Osten in Richtung Wohnbebauung zutreffen. Der Ortschaftsrat Holzweißig empfiehlt daher dem Stadtrat, den Beschlussantrag 168-2010, unter Berücksichtigung der Grünflächen aus dem Flächennutzungsplan, zu beschließen.</p> <p>Herr Weber, FBL Stadtentwicklung, bemerkt, dass es sich hier um den</p>	

	<p>Aufstellungsbeschluss handelt. Die Hinweise werden in dem nach der Beschlussfassung dieses BA abzuschließenden Städtebaulichen Vertrag berücksichtigt. Hier wird die grundstücksgenaue Abgrenzung der zu beplanenden Fläche ausgewiesen.</p> <p>Da keine Wortmeldungen von Seiten der Stadträte vorliegen, stellt der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung.</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Für den im Lageplan vom 08.07.2010 (Anlage 1) dargestellten Bereich wird nach §2(1) BauGB ein Bebauungsplan aufgestellt. 2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach §3(1) BauGB wird in Form einer 14-tägigen Auslage durchgeführt. Der Termin ist rechtzeitig bekannt zu geben. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass entsprechend §2(4) BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen ist, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. 	<p>Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 18</p>	<p>Verbesserung der Akustik im Ratssaal</p>	<p>Beschlussantrag 177-2010</p>
	<p>Stadtrat Zimmer nimmt zunächst zum von der CDU-Fraktion eingereichten Beschlussantrag Stellung. Er führt aus, dass man auch heute zur Einwohnerfragestunde mehrfach den Hinweis auf die unzureichende Akustik im Ratssaal bekam. Da die schlechte Akustik schon oft kritisiert wurde, hat die Fraktion den vorliegenden Beschlussantrag eingereicht. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde über diese Problematik ebenfalls intensiv diskutiert, u.a. auch darüber, bei Aufgabe des derzeitigen Ratssaals, die Möglichkeit der Nutzung des neuen Hörsaals zu prüfen. Er bittet um Zustimmung zum BA, damit die Verwaltung ein offizielles Votum des Stadtrates hat. Es wird dann eine Gegenüberstellung der möglichen Varianten geben, worüber der Stadtrat zu befinden hat.</p> <p>Die Oberbürgermeisterin verweist in dem Zusammenhang auf die prekäre Haushaltssituation und darauf, dass als Alternative auch andere Räumlichkeiten in der Stadt Bitterfeld-Wolfen bzw. in diesem Hause zur Verfügung stehen. Das Gutachten ist in Auftrag gegeben worden, was allerdings mit Kosten verbunden ist.</p> <p>Stadtrat Herder regt an, wenn man den Hörsaal als Sitzungssaal in Betracht zieht, vorher eine Probesitzung durchzuführen, bevor eine Entscheidung gefällt wird.</p> <p>Stadtrat Dr. Dr. Gueinzus dankt der CDU-Fraktion, dass sie diesen Beschlussantrag eingebracht hat. Wenn man Redebeiträge auf verschiedenen Plätzen im Ratssaal nicht mehr verstehen kann, laufe man Gefahr, dass man Beschlüsse gefasst habe, die nicht rechtskräftig sind. Das Hören und einwandfreie Verstehen sei Voraussetzung. Ihm sei es sehr oft passiert, dass er nur mit größter Anstrengung bestimmte Dinge verfolgen konnte. Herr Dr. Dr. Gueinzus spricht sich in dem Zusammenhang lobend über den repräsentativen Hörsaal und über die Akteure aus, die an der Sanierung</p>	

	<p>mitgewirkt haben. Ein positiver Aspekt sei vor allem auch, dass für diesen Saal der Name „John-Eggert-Saal“ ausgewählt wurde. Es sei ein Raum, der vom Ambiente, der Tradition und der Historie her nicht nur Repräsentation ausstrahlt und eine bessere Akustik bietet, sondern der in jeder Hinsicht ein Raum sei, der für die Stadtratssitzungen angemessen wäre.</p> <p>Stadträtin Lorenz ist auch der Meinung, dass man hinsichtlich der Akustik etwas unternehmen müsste. Ihr Vorschlag war eigentlich, dass man evtl. mit Textilien im jetzigen Ratssaal die Akustik verbessern könnte. Sie weist aber auch darauf hin, dass die Stadt in diesem Gebäude lediglich Mieter ist. Die Frage ist, ob der Mietvertrag es zulässt, dass man einen anderen Saal als Ratssaal nutzt, da sich der Stadtrat für diesen Saal entschieden hatte. Sie bemerkt auch, dass es im Zusammenhang mit dem Mietvertrag von der WBG den Hinweis gab, dass der Hörsaal von der WBG selbst vermarktet wird. Dies könnte Extra-Kosten bedeuten. Diese Dinge bittet sie im Zusammenhang mit dem Beschlussantrag zu berücksichtigen.</p> <p>Die Oberbürgermeisterin äußert, wenn man z.B. den Ratssaal gegen den Hörsaal eintauscht, dann würde sich sicherlich für die WBG eine Möglichkeit bieten, den Raum einer anderen Nutzung zuzuführen.</p> <p>Stadtrat Dr. Baronius erinnert daran, als man seinerzeit begann, über einen Ratssaal zu diskutieren, war es sein erster Vorschlag, den Hörsaal zu nehmen und dort 3-4 Sitzreihen herauszunehmen, um so die Möglichkeit der Aufstellung von Tischen zu schaffen. Dies wurde damals als völlig unmöglich bezeichnet. Er zeigt sich positiv überrascht, dass sich zukünftig evtl. nun doch Möglichkeiten eröffnen. Er weist allerdings auch darauf hin, dass die Bereitstellung eines Raumes für eine bestimmte Nutzung der Vermieter zu organisieren habe. Wenn der Vermieter weiß, dass es ein Ratssaal ist, muss er seiner Meinung nach die Akustik auch so gestalten, dass sie den Ansprüchen gerecht wird. Insofern wäre es die Frage, ob die Stadt hierfür tatsächlich Geld in die Hand nehmen muss.</p> <p>Nach den Redebeiträgen verliest der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung und Umsetzung von geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Akustik in Ratssaal.</p>	<p>Ja 30 Nein 0 Enthaltung 2</p>
<p>zu 19</p>	<p>Abschluss einer Quartiersvereinbarung</p>	<p>Beschlussantrag 180-2010</p>
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates macht dazu folgende Anmerkungen: Wie die Stadträte mit Schreiben vom 30.07.10 bzw. per Mail informiert wurden, wurde die vom Fachbereich der Verwaltung geänderte Anlage zum BA 180-2010 im Mandatos eingestellt bzw. den Stadträten ohne Laptop per Post zugesandt.</p> <p>Es wurden folgende Änderungen vorgenommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Im Entwurf der Quartiersvereinbarung wurden die Namen der Oberbürgermeisterin und der einzelnen Geschäftsführer ergänzt. - Die aktuellen Firmierungen bei den Stadtwerken und dem AZV wurden 	

<p>nachgetragen.</p> <ul style="list-style-type: none">- Der Maßnahmeplan, Anlage 3, wurde im letzten Punkt ergänzt. (Es fehlte im urspr. Exemplar die Stadt). <p>Stadtrat Herder verweist auf die Anlagen zum Beschlussantrag, worin das betreffende Gebiet dargestellt ist. Dort ist durchgängig eine Umverlegung der Straße der Republik enthalten. Im BuVA wurde durch den GBL Stadtentwicklung und Bauwesen, Herrn Hermann, ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es nicht mehr um eine Umverlegung, sondern um eine Sanierung der Straße der Republik gehe. Insofern hält er es für nicht korrekt, wenn die Anlagen Beschlussbestandteil bleiben. Den Beschlussantrag in der vorliegenden Form würde er daher ablehnen.</p> <p>Er stellt zunächst den Antrag, den Beschlussantrag 180-2010 in den BuVA zurückzuverweisen. Ansonsten müssten die Anlagen zum Beschlussantrag entsprechend geändert werden, wenn eine Umverlegung der Straße der Republik tatsächlich nicht mehr angedacht ist.</p> <p>Herr Hermann bemerkt, dass die Anlagen Bestandteil des Stadtentwicklungskonzeptes (Beschluss 268-2009 vom 14.10.09) waren und in der Form auch beschlossen wurden. Darüber hinaus wurde bzgl. des Stadtteilentwicklungskonzeptes in den letzten Monaten weitergearbeitet. Aufgrund der Änderung der Konzeption der Sara Betreuungsgesellschaft mbH wurde die Möglichkeit eröffnet, die Straße der Republik in ihrer vorhandenen Tangente zu erhalten. Deshalb ist auch im Maßnahmeplan nicht mehr von der Umverlegung, sondern von der Sanierung die Rede. Zugleich wurde im Maßnahmeplan im Pkt. 4 die Fortschreibung des Stadtteilentwicklungskonzeptes aufgenommen, wobei es darum geht, alle Änderungen, die sich im Arbeitsprozess ergeben haben, in diesem Stadtteilentwicklungskonzept aufzunehmen. Der Sperrvermerk bezieht sich lediglich auf die haushaltstechnische Durchführung, nicht auf das Stadtteilentwicklungskonzept. Das Konzept wird als Grundlage für die Beantragung der Experimentierklausel benötigt, um damit in den Genuss zu kommen, den kommunalen Eigenanteil zu reduzieren. Die Antragsfrist ist im Einvernehmen mit dem Ministerium in diesem Jahr verlängert worden, d.h. man könnte über die Kommunalaufsicht bei Genehmigung dieser Quartiersvereinbarung für das Programmjahr 2010 noch diese Ausnahme bewilligt bekommen.</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates lässt sodann über den Geschäftsordnungsantrag vom Stadtrat Herder abstimmen, den Beschlussantrag 180-2010 in den Bau- und Vergabeausschuss zurückzuverweisen.</p> <p>Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.</p> <p>Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt in der vorliegenden Form und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt den Abschluss der Quartiersvereinbarung zur Umsetzung des Stadtteilentwicklungskonzeptes für</p>	
--	--

	den WK I im prioritären Stadtumbaugebiet Wolfen-Nord gemäß Anlage. mehrheitlich beschlossen	Ja 21 Nein 8 Enthaltung 3
zu 20	4. Änderungssatzung zur Verbandsatzung vom 16.09.2005 des Zweckverbandes TechnologiePark Mitteldeutschland	Beschlussantrag 182-2010
	<p>Stadträtin Lorenz bemerkt, dass man zwar im Zugzwang ist, man sollte sich aber trotzdem mit der Problematik, die dann nach Bestätigung dieser Änderungssatzung auf die Stadt zukomme, auseinandersetzen. Wenn die Punkte 7 und 8 (im § 2 Abs. 1 der Verbandsatzung) wegfallen, würde dies bedeuten, dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen künftig auf ihrem Territorium für die Übernahme der Straßenbaulastträgerschaft und die Unterhaltung und Betreibung der Erschließungsanlagen zuständig sei.</p> <p>Auf dem Areal des Solar Valley würde nicht mehr der Zweckverband TPM dafür zuständig sein. Dadurch würden eine ganze Menge Verantwortung und Kosten auf die Stadt zukommen. Für die Stadträte wäre es interessant zu erfahren, ob es in nächster Zeit schon Vorstellungen gibt, welche Erschließungsmaßnahmen notwendig sind und welche Kosten auf die Stadt zukommen könnten. Wie soll die Problematik bzgl. der Erschließungsanlagen und u.a. auch der Abwasseranlagen zukünftig geregelt werden?</p> <p>Die Oberbürgermeisterin bemerkt, dass sich der Zweckverband TPM in der Auflösung befindet, was bis zum 31.12.10 abgeschlossen sein soll. Die Problematik Abwasser ist Angelegenheit der TMS. Was die Anlagen an sich betrifft, sei bis jetzt der Dauerbetrieb nicht geregelt. Es muss allerdings eine Lösung gefunden werden, da es ansonsten Probleme mit den Ansiedlern gibt.</p> <p>Stadtrat Dr. Dr. Gueinzus unterstreicht, dass der Zweckverband TPM durch Beschluss der Verbandsversammlung aufgelöst wurde und dieser sich durch die zu schaffende Auseinandersetzungsvereinbarung in der Phase der Auflösung befindet. Er versteht nicht, warum man den Dingen vorweggreife und zu dem Zeitpunkt diesen Beschluss fassen wolle. Er möchte wissen, welche Nachteile man dann möglicherweise zu erwarten habe; Vorteile könne er hierbei nicht erkennen.</p> <p>Stadtrat Dr. Welsch kommentiert, dass dieser Beschlussantrag tatsächlich einer vorweg genommenen Teilauflösung gleichkommt. Der Grund für diesen Beschlussantrag sei eigentlich die Gewährleistung der weiteren Erschließung auf der Gemarkung Sandersdorf-Brehna. Der Verband sei nicht mehr willens und in der Lage, hier Erschließungsmaßnahmen durchzuführen. Diese möchte Sandersdorf-Brehna auf eigenes Risiko durchführen. Was die Betreibung der Abwasseranlagen betrifft, so sind diese an die TMS verpachtet worden. Die Betreibung der anderen Anlagen im zweiten Bauabschnitt läuft zurzeit über einen sogenannten Interimsbetrieb. Hier sei dringend eine Ausschreibung erforderlich, die der Zweckverband auch nicht mehr durchführt, weil die beiden anderen Verbandsmitglieder dem nicht zustimmen würden. Es sei allerdings nicht so, dass mit Fassung dieses Beschlusses zur Änderung der Satzung die Aufgaben zur Betreibung automatisch an die Stadt Bitterfeld-Wolfen zurückfallen. Die Betreibung sei Bestandteil des Fördermittelbescheides. Solange dieser nicht der Stadt Bitterfeld-Wolfen übertragen wird, ist der Zweckverband nach seinem Verständnis in der Pflicht, die Betreibung dort zu erfüllen. Inwieweit es möglich ist, über ein vertragliches Konstrukt die Stadt in die Lage zu versetzen, die durch die Nichtausschreibung der Betreibung der Infrastrukturanlagen entstehenden Probleme zu lösen, sollte den Juristen vorbehalten bleiben. Tatsache sei, dass hierzu der Verband keinen Beschluss</p>	

	<p>mehr fassen wird. Rein theoretisch wäre es möglich, wenn es gelänge, hier eine Vereinbarung mit dem Verband zu erzielen, dass die Stadt vor Abschluss der gesamten Auseinandersetzungsvereinbarung diese Aufgabe übernehmen würde und somit die Ansiedlungen in dem Bereich weiter gesichert werden könnten. Dazu bedürfe es noch einiger Prüfungen und Vorbereitungen. Die Kommunalaufsicht habe hier Hilfe zugesagt, so wie sie auch den gesamten Prozess der Auseinandersetzung begleitet.</p> <p>Stadtrat Dr. Baronius äußert, dass es bei dem Beschlussantrag darum gehe, vorhandene Tatsachen nachträglich zu bestätigen. Daher spricht er sich dafür aus, diesen Beschluss zu fassen. Er weist auch darauf hin, so kompliziert die Problematik bzgl. des Betreibens sei, dass die Stadt größtes Interesse habe, dass das Solar Valley weiterhin ordentlich funktioniert und dass die Ansiedler mit den Leistungen, die hier angeboten werden, zufrieden sind. Die Stadt sollte Interesse daran haben, hier die Federführung wieder in die Hand zu bekommen.</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates verliest sodann den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die 4. Änderungssatzung zur Verbandssatzung vom 16.09.2005, zuletzt geändert durch die 3. Änderungssatzung vom 02.04.2008 des Zweckverbandes TechnologiePark Mitteldeutschland, in der der Beschlussvorlage anliegenden Fassung. Dem entsprechenden Abstimmungsverhalten des Verbandsvertreters in der Verbandsversammlung wird zugestimmt.</p>	<p>Ja 23 Nein 4 Enthaltung 5</p> <p>mehrheitlich beschlossen</p>
<p>zu 21</p>	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p>	
	<p>Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass der GBL Finanzwesen, Herr Hülßner, angeboten hatte, dass sich die Fraktionen an ihn wenden können, wenn noch Informationsbedarf zum Haushalt besteht.</p> <p>Hinsichtlich der Bürgerarbeit wird sich die Verwaltung lt. OB auch daran beteiligen. Eine Anlaufberatung findet dazu am 05.08.10 beim Landkreis statt. Sie wird über die weitere Vorgehensweise berichten. Der Handlungszeitraum wird wahrscheinlich erst im Jahre 2011 beginnen.</p> <p>Zu den Fördermittelaussichten 2010/11 und Folgejahre bittet die Oberbürgermeisterin Herrn Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen, um die neuesten Informationen.</p> <p>Herr Hermann berichtet über ein Arbeitsgespräch, das am Donnerstag, dem 29.07.10 im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, im Referat 24, stattgefunden hat, wo alle Fördermaßnahmen betreut werden. Im Arbeitsgespräch wurde mitgeteilt, dass mit der Ausreichung der Bundesmittel nicht vor Ende August zu rechnen sei. Zum jetzigen Zeitpunkt werden seitens des Ministers für Finanzen, aufgrund der wirtschaftlichen Situation des Landes, keine Aussagen zur Kofinanzierung mit den erforderlichen Landesmitteln gegeben. Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr kann derzeit ebenfalls keine Aussagen zu den Fördermitteln für das Programmjahr 2010 machen. Darüber hinaus ist aufgrund der vor allem im Bund geführten aktuellen Diskussionen die Frage für das Programmjahr 2011 und Folgejahre völlig offen. Wenn es bei dieser Situation bleibt, sind hierdurch zunächst erst einmal</p>	

wichtige Einzelmaßnahmen in der Stadt Bitterfeld-Wolfen betroffen (u.a. der Ersatzneubau Kita „Traumzauberbaum“, die Sanierung des Reuterhauses im OT Bitterfeld, die Sanierung Kita „Farbklecks“ und „Buratino“ im OT Wolfen, die Weiterführung und Umgestaltung im fußläufigen Bereich Zentrum Wolfen-Nord). Diese Aussagen gelten speziell auch für das Sanierungsgebiet OT Bitterfeld. Für das Sanierungsgebiet Wolfen-Thalheim werden schon seit dem Programmjahr 2009 keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt. Er bittet die Stadträte, vor allem die Landtagsabgeordneten, über ihre Möglichkeiten hinsichtlich der Förderung des Stadtumbaus Einfluss zu nehmen. Herr Hermann bemerkt abschließend, dass er seinerseits bereits den Städte- und Gemeindebund und Akteure der Maßnahmen informiert habe, die versuchen, über die Wohnungsverbände entsprechende Forderungen zu stellen.

Stadtrat Tetzlaff berichtet über zwei Mitteilungsvorlagen aus dem Bau- und Vergabeausschuss. Zum einen ging es um den Campus Rathaus als eines von 7 Schlüsselprojekten der Stadtentwicklung. Derzeit wird eine Strategiewerkstatt durch die Verwaltung organisiert. Im Vorfeld soll ein Campus-Beirat gebildet werden, der sich aus Vertretern der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammensetzt. Der Beirat hat die Aufgabe, eine entsprechende Aufgabenstellung für die Strategiewerkstatt zu entwickeln. Diese soll am 30.09.10 stattfinden. Im Oktober soll eine Abschlusspräsentation erfolgen. Des Weiteren gab es im BuVA eine Mitteilungsvorlage zum Thema Landesgartenbauausstellung, die in Sachsen-Anhalt alle 5 Jahre stattfindet (in diesem Jahr in Aschersleben). Im Jahr 2015 wird es keine eigene Landesgartenbauausstellung geben, weil die Stadt Havelberg im Rahmen der Ausstellung entsprechend im Brandenburger Teil mit einbezogen wird. Somit würde in den Jahren 2020 bzw. 2025 eine mögliche Ausrichtung einer Landesgartenbauausstellung möglich sein. Die Vorlaufzeiten für eine solche Veranstaltung betragen in etwa 10 Jahre. Insofern wäre es jetzt schon an der Zeit, für die Stadt Bitterfeld-Wolfen entsprechende Überlegungen anzustellen bzw. Arbeitsschritte zu erarbeiten. Zu bedenken ist natürlich, dass eine derartige Ausstellung mit erheblichen Kosten verbunden sein wird, die zum Großteil von der auszurichtenden Stadt selbst zu tragen sein würden.

Stadtrat Herder interessiert die Auslastung des Mehrgenerationenhauses per abgeschlossener Mietverträge zum aktuellen Zeitpunkt.

Des Weiteren spricht er an, dass im letzten Jahr auf den Straßen im Stadtgebiet Fahrzeuge bis in den Spätherbst hinein unterwegs waren, die die Straßenzustände u.a. auch bildlich erfasst haben. Er möchte wissen, ob es mittlerweile einen Straßenzustandsbericht gibt. Wenn dies der Fall ist, stellt sich ihm die Frage, inwieweit dieser eigentlich noch verwertbar ist, nachdem der letzte Winter an den Straßenzuständen eine ganze Menge Veränderungen bewirkt hat.

Ferner informiert Stadtrat Herder über einen Flyer „Stadt- und Erlebnistouren in Bitterfeld-Wolfen“, den er von der Stadtinformation erhalten hat, wo u.a. eine Entdeckertour oder eine Freizeittour für 7,50 EUR pro Person angeboten werden. Er hatte versucht, eine Tour zu buchen, was allerdings mit Schwierigkeiten verbunden war. Von Seiten der Stadtinformation erhielt er die Auskunft, dass sie keine Stadtführungen macht. Er wurde auf eine Mühlbecker Firma verwiesen, die über einen eigenen Flyer mit ähnlichen Angeboten verfügt, der auch über die Stadtinfo erhältlich ist. Unklar war, wie und durch wen ein entsprechender Bus zur Verfügung gestellt wird.

Er fragt, weshalb die Flyer überhaupt herausgegeben wurden, wenn den Angeboten nicht so entsprochen werden kann.

Vor längerer Zeit hatte Herr Herder um eine Übersicht über die realen Steuereinnahmen 2009, aufgeschlüsselt nach Steuerarten und nach den Ortschaften mit verschiedenen Hebesätzen gebeten. Er hat zwar heute eine Antwort erhalten, wo allerdings nicht alle Ortsteile separat ausgewiesen sind.

Die Oberbürgermeisterin geht auf folgende Fragen ein:

Bzgl. der Auslastung des Mehrgenerationenhauses erhält Herr Herder noch eine Antwort.

(Anmerkung der Protokollantin: wie der FBL Immobilien, Herr Schulze, am 11.08. telefonisch mitteilte, wird Herr Herder schriftlich informiert, sobald eine entsprechende Zuarbeit vorliegt.)

Zum Flyer teilt die OB mit, dass die Stadt kein Personal bzw. einen Bus für Stadtführungen zur Verfügung stellen kann. Sie kann nur auf die Partner verweisen, die diese Touren anbieten. Hier sollte man sich darauf verlassen können, ansonsten können die Flyer nicht mehr angeboten werden.

Hinsichtlich der von Herrn Herder erbetenen Übersicht über die Steuereinnahmen weist die OB darauf hin, dass keine separaten Zahlen ausgewiesen werden können. Man kann lediglich entsprechendes Zahlenmaterial zur Verfügung stellen, das vom statistischen Landesamt zugearbeitet wurde.

Herr Hermann führt zur zweiten Anfrage von Herrn Herder aus, dass mit dem Abschluss der Erfassung der Straßen die eigentliche Arbeit erst begonnen habe. Man habe derzeit ca. 40 % der gesamten Straßenzüge in die entsprechenden Daten übernommen. Es gehe hierbei nicht nur darum, den Straßenzustand generell zu bewerten, sondern einen konkreten Überblick zu haben, so dass man z.B. bei Baumfällaktionen oder Beschilderungsmaßnahmen gleich die genaue Lage der Straße bestimmen kann.

Natürlich ist es in gewissen Abständen auch erforderlich, die Untersuchungen auf den neuesten Stand zu bringen.

Stadtrat Zimmer reflektiert auf die Veranstaltung „Goitzsche in Flammen“. Dort gab es zum Ende der Veranstaltungen Probleme hinsichtlich der Beleuchtung in diesem Bereich. Es sei zwar korrekt, dass die Beleuchtung im Bereich der Bitterfelder Wasserfront um 23:00 Uhr abgestellt wird, um Kosten zu sparen. Der Veranstalter hatte allerdings die Stadt mehrfach gebeten, die Beleuchtung zu diesem Ereignis anzulassen. Er hinterfragt, weshalb dies nicht berücksichtigt wurde und welche Schlussfolgerungen die Verwaltung daraus für die Zukunft gezogen hat.

Die Oberbürgermeisterin äußert, dass die Beleuchtung an der Bitterfelder Wasserfront nicht zu den Kompetenzen der Stadt gehört.

Der Vorsitzende des Stadtrates bittet den Sachverhalt nochmals zu prüfen.

Stadtrat Gatter verweist auf die Baumaßnahmen im Bereich der Sonderschule am Hahnstückenweg im OT Bitterfeld. Sowohl im Ortschaftsrat als auch im Stadtrat wurde darauf hingewiesen, dass die Fußgängersituation durch die Baumaßnahmen ziemlich erschwert ist. Es wurde um Klärung gebeten. Die

Kinder laufen dort nach wie vor auf der Straße. Das Anbringen von zwei farbigen Zeichen auf der Straße hält er für nicht ausreichend. Er fragt, ob es hier einen neuen Stand gibt.

Herr Hermann äußert, dass die getroffenen Maßnahmen am schnellsten umsetzbar waren, um letztendlich eine gewisse Sicherheit gewährleisten zu können. Er macht allerdings deutlich, dass es sich hier um eine Tempo-30-Zone handelt. Es besteht dort einseitig ein ausgebauter Gehweg, so dass dieses Vorhaben gemeinsam mit dem FB Ordnungswesen umgesetzt wurde. Ein richtliniengerechter Ausbau eines Gehweges auf der unbefestigten Seite ist aufgrund des Grundstückserwerbs bzw. des Grundstückseigentümers nicht möglich.

Stadtrat Mengel spricht die Eröffnung des Hörsaals an. Er moniert, dass dazu die Stadträte nicht eingeladen wurden.

Des Weiteren verweist Stadtrat Mengel bzgl. der Uferpromenade an der Goitzsche speziell auf den Zustand der Mole Ost. Dort stehe das Unkraut sehr hoch und drei Bäume seien am Verdorren. An anderen Stellen wuchere das Gras genauso. Er hat in der Verwaltung keinen zuständigen Bereich ausfindig machen können. Von Seiten der Goitzschebewirtschaftung hat er auch keine zufriedenstellende Auskunft erhalten.

Ferner geht Herr Mengel auf den Zustand an der B 100 im Hinblick auf die 4 Einmündungen ein, wobei er vor allem die Einmündung Friedensstraße an der Villa hervorhebt. Hier müsste ebenfalls dringend etwas gemacht werden.

Die Oberbürgermeisterin verweist zunächst auf die Eröffnung des Hörsaals. Die Einladung dazu erfolgte von Seiten des Eigentümers. Eingeladen waren u.a. die Ortsbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden.

Es wäre nicht möglich gewesen, 120 Räte dazu einzuladen; es sind lediglich 250 Plätze vorhanden. Der Eigentümer hatte seine eigenen Vorstellungen. Es wird vom **Vorsitzenden des Stadtrates** auch nochmals unterstrichen, dass es sich um eine Einladung der WBG zu diesem Anlass gehandelt hat.

Zum Pkt. Grünflächen an der Goitzsche teilt die OB mit, dass sich die Stadt hier bemühe, jedoch nicht alles gehöre zum Eigentum der Stadt. Sie verweist in diesem Zusammenhang aber auch auf die prekäre HH-Lage. So müssen in allen Bereichen gewisse Abstriche gemacht werden.

Im Rahmen der Bürgerarbeit wird man sich im nächsten Jahr um Arbeitskräfte für Grünflächenarbeiten bemühen.

Mit der Problematik B 100 befasst man sich schon seit etwa 10 Jahren. Die Situation ist äußerst schwierig.

Man habe den Landrat, die Polizei, das Landesverwaltungsamt, den Landesbetrieb Bau und andere Institutionen in die Beratungen einbezogen, sei aber keinen Schritt weitergekommen.

Herr Hermann ergänzt zur Komplexmaßnahme B 100, dass man auf Kosten der Stadt nochmals ein Gutachten erarbeiten ließ, das mit dem Landesbetrieb Bau zwischenzeitlich abgestimmt wurde. Dieses wird jetzt hinsichtlich der Einbringung in die zuständigen Gremien vorbereitet. Das Gutachten enthält, dass zukünftig vier Knoten auszuweisen sind. Der interessanteste dabei sei der Knoten Friedensstraße. Hier ist die Stadt Bitterfeld-Wolfen erneut in Vorleistung gegangen und hat eine Vorplanung für den Ausbau in Auftrag

	<p>gegeben, weil dies der Landsbetrieb Bau nicht getan hat.</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates informiert sodann über folgende Dinge: Zu den Beschlüssen 47-2010 – „Dorfentwicklungsplan für den OT Greppin“ und 50-2010 – „Dorfentwicklungsplan für den OT Holzweißig“ vom 05.05.2010 wurde festgelegt, dass im Text der jeweiligen Dorfentwicklungspläne der Begriff „Ortsteil“ durch den Begriff „Ortschaft“ zu ersetzen ist. Aufgrund dessen wurden die Titelblätter entsprechend geändert. Da der Begriff „Ortsteil“ auf jeder Seite der Dorfentwicklungspläne genannt wird, ist eine Anpassung mit einer kompletten Überarbeitung verbunden. Es wird daher darum gebeten, den Begriff „Ortsteil“ jeweils als „Ortschaft“ zu lesen. Das beschlossene Dokument ist im Ratsinfo bzw. Bürgerinfo eingestellt. Die Stadträte ohne Laptop erhielten dazu heute als Tischvorlage eine schriftliche Information.</p> <p>Des Weiteren teilt der Vorsitzende mit, dass die Stadträte in der letzten Sitzung darum gebeten wurden, ihr Sitzungsgeld für das Frauenhaus zu spenden. Die entsprechende symbolische Scheckübergabe erfolgte am 08. Juli 2010. Eingeladen dazu war der Vorstand des Stadtrates und die Oberbürgermeisterin. Insgesamt ist eine Spende von 381 EUR zustande gekommen. Er bedankt sich dafür nochmals bei den Stadträten.</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates übermittelt sodann herzliche Grüße vom Stadtrat Bernd Kosmehl, der sich derzeit in einer Reha-Maßnahme befindet.</p> <p>Abschließend teilt der Vorsitzende mit, dass die nächste Stadtratssitzung am Donnerstag, dem 09. September 2010 stattfindet, Redaktionsschluss ist – entsprechend des HFA – der 19.08.2010.</p>	
zu 22	Schließung des öffentlichen Teils	
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates schließt um 20:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Es wird eine Pause eingelegt.</p>	

gez.
Armin Schenk
Vorsitzender des Stadtrates

gez.
Ilona Bütow
Protokollantin